



Mitarbeiterin Diana Wilhelm im Unverpackt-laden des Behinderten-Werks Main-Kinzig e.V.
Foto: BWMK

Unverpackt statt Plastik

Beim Verpackungsmüll ist Deutschland trauriger Spitzenreiter in Europa: Mehr als 220 Kilogramm Verpackungsmüll fallen pro Jahr und Person an. Dass es auch anders geht, zeigt der neu eröffnete Unverpackt-Laden des Behinderten-Werks Main-Kinzig e.V. in Gelnhausen. Wie seine Mitgliedsorganisation will auch der PARITÄTISCHE Hessen helfen, Abfall zu vermeiden: Als Give-aways verteilt er jetzt Fairtrade-Baumwollbeutel für den Einkauf von Obst oder Brot.

Bunte Nudeln vom eigenen Bioland Hofgut Marjoß, Quinoa aus dem Odenwald, rund 30 verschiedene Müslis und Frühstücksflocken, Erbsen, Linsen, in braun oder schwarz, Hanfsamen, getrocknete Früchte, Tee und Gewürze. Dazu Badreiniger, festes Shampoo im Stück und waschbare Abschminkpads. Die Warenwelt im Unverpackt-Laden des Behinderten-Werks Main-Kinzig e.V. (BWMK) umfasst rund 250 Produkte und ist umweltfreundlich. Denn Kund*innen bringen ihre eigenen Behälter mit und füllen die gewünschte Menge aus großen Behältern ab. So werden Wegwerfverpackungen vermieden, die beim herkömmlichen Einkauf für den Löwenanteil des Mülls verantwortlich sind.

Zum Vergleich: Die Plastiktüten an der Ladenkasse, die im kommenden Jahr nach den Plänen des Bundesumweltministeriums verboten werden sollen, machen nicht einmal ein Prozent des Verpackungsmülls aus Kunststoff aus.

Der Unverpackt-Laden in Gelnhausen wurde in diesem Sommer eröffnet, in den Räumen der Gläsernen Manufaktur „Mittendrin“, in der die Mitgliedsorganisation des PARITÄTISCHEN Hessen seit fast zwei Jahren mit Hilfe moderner Lasertechnik individuell personalisierbare Geschenk- und Deko-Artikel aus Plexiglas und Holz herstellt und verkauft. Hochwertige Feinkost und Produkte aus den Werkstätten des BWMK runden das Sortiment ab.

„Mittendrin“ heißt das Geschäft, weil es mitten in der Stadt liegt, aber auch, weil es Menschen mit Einschränkungen die Möglichkeit bietet, „mitten in der Arbeitswelt und der Gesellschaft sowie in einem selbstbestimmten Leben anzukommen und sich dort selbst zu verwirklichen“.

Auch die Produkte der Gläsernen Manufaktur werden mittlerweile umweltfreundlich verpackt - unter Verzicht auf Plastikfolie oder Kunststoff-Schleifen.

Nachhaltigkeit ist auch für den PARITÄTISCHEN Hessen ein wichtiges Thema. Unter anderem wird inzwischen bei der Auswahl der Give-aways daran gedacht, den Müll zu reduzieren. Die Kugelschreiber, die bei Veranstaltungen ausgegeben werden, sind bereits seit einigen Jahren aus Recycling-Kunststoff, auf Produkte mit kurzer Lebensdauer und viel Verpackung soll verzichtet werden.

Bei der Suche nach nachhaltigen kleinen Geschenken hat sich der Verband nun für wiederverwertbare Fairtrade-Baumwollbeutel entschieden, die beim Einkauf von Obst und Brot Einwegtüten aus Plastik oder Papier ersetzen können. Bei der Mitgliederversammlung des PARITÄTISCHEN Hessen werden diese zum ersten Mal an die Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen verteilt.

www.unverpackt.mittendringelnhausen.de

Nachhaltig und sozial wohnen - das geht!

Klimaschutz und bezahlbare Mieten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Mit dieser Botschaft hat der PARITÄTISCHE Hessen als Teil des Bündnisses #Mietenwahnsinn-Hessen an der Klimastreik-Demo in Frankfurt teilgenommen. Um soziale und nachhaltige Wohnungspolitik ging es am gleichen September-Wochenende auch bei der Konferenz Kommunen und Wohnen.



Das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen war bei der Demo zum Klimastreik in Frankfurt dabei, insgesamt waren dort 25.000 Menschen auf der Straße.
Foto: Barbara Helfrich

Appartements statt Goldbarren: Zahlungskräftige Investoren auch aus dem Ausland kaufen zunehmend Immobilien als Geldanlage und zum Spekulieren. Die Folgen werden abends im neuen Europaviertel in Frankfurt sichtbar: Viele Fenster bleiben dunkel, weil die Wohnungen leer stehen und nicht genutzt werden. Vertikale Geisterstädte entstehen, während gleichzeitig der Mittelstand aus der Stadt gedrängt wird. Die Bodenpreise sind seit den 1950er-Jahren um bis zu 36.000 Prozent gestiegen.

„Wie beim Klima ist ein Kipp-Punkt erreicht“, sagte der Planungswissenschaftler Werner Heinz bei der Konferenz Kommunen und Wohnen, die im September unter anderem von Attac, Verdi und dem Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen in Frankfurt ausgerichtet wurde.

Der Tenor in dem von ihm angebotenen Workshop „Eigentumsfrage an Grund und Boden“: Kleine Veränderungen helfen nicht mehr gegen die Wohnungsnot, nötig sind vielmehr grundlegende Veränderungen. Dabei

sei Vergesellschaftung keine revolutionäre Forderung, sondern im Grundgesetz in den Artikeln 14 und 15 ausdrücklich vorgesehen.

Immer mehr Erwerbstätige ohne Wohnung

Dass „ohne Wohnung sein“ kein Randgruppenthema mehr ist, zeigte sich in einem weiteren Workshop, in dem Katharina Alborea von der Diakonie Hessen und Lars Lauer, Referent beim PARITÄTISCHEN Hessen, über Wohnungslosigkeit in Hessen informierten. Weil es bislang weder auf Bundes-

noch auf Landesebene amtliche Statistiken gibt, liefert lediglich die Stichtagserhebung der Liga der Freien Wohlfahrtspflege Anhaltspunkte zum Ausmaß des Problems in Hessen. 2018 wurden dabei 3901 Personen in 173 Einrichtungen und Diensten erfasst, knapp ein Viertel davon waren Frauen. Besonders alarmierend: Immer mehr Klient*innen der Wohnungslosenhilfe arbeiten und haben ein Einkommen aus Beschäftigung, auch die Zahl der Rentner*innen ohne Wohnung ist deutlich gestiegen.

Die Wohnungslosigkeit wächst stetig, weil in Hessen bis 2035 in Hessen 400.000 Wohnungen fehlen, vor allem im unteren und mittleren Preissegment. Die Zahl der Sozialwohnungen hat sich in den vergangenen 25 Jahren auf nur noch 80.000 mehr als halbiert. Vor allem bezahlbare Kleinwohnungen für Alleinstehende fehlen und neu gebaut werden vor allem hochpreisige Immobilien.

Die Wohnungsnot hat deshalb längst die Mittelschicht erreicht. Das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen hat die

Politik bereits vor der Landtagswahl im Herbst 2018 aufgefordert umzusteuern und Wohnen als Teil der sozialen Daseinsvorsorge zu begreifen. Doch die alte und neue schwarz-grüne Landesregierung zeigt bisher noch keine Bereitschaft zum grundsätzlichen Umsteuern. Deshalb ging es beim ersten hessischen Mietenratschlag, der Teil der Konferenz war, auch darum, wie sich lokale Initiativen hessenweit besser vernetzen können, um den Protest weiter zu verstärken.

Eine weitere Forderung des Bündnisses #Mietenwahnsinn-Hessen: Die Themen Klimaschutz und bezahlbare Mieten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Energetische Sanierung darf nicht zu Verdrängung und Mietpreissteigerungen führen, ökologische und soziale Nachhaltigkeit müssen in der Wohnungspolitik vielmehr gleichermaßen umgesetzt werden. Deshalb war das Bündnis auch bei der Demo in Frankfurt am weltweiten Klimastreik-Tag dabei, um zu zeigen: „Nachhaltig und sozial wohnen - das geht!“



Ansprechpartner für das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen beim PARITÄTISCHEN Hessen:
Lars Lauer
Tel.: 069 95 52 62-30
lars.lauer@paritaet-hessen.org

Info

Terminänderung: Der PARITÄTISCHE Fachtag „Soziale Träger als Partner der Wohnungswirtschaft“ wurde verschoben auf den 23. Januar 2020.
Näheres demnächst auf www.paritaet-hessen.org/wohnen

Vakanzen im Vorstand verhindern

Vier Fünftel aller Vereine tun sich schwer damit, neue Vorstandsmitglieder zu gewinnen und zu halten. Was sie dagegen unternehmen können, war im August Thema bei einem Fachtag des PARITÄTISCHEN Hessen.

40 Prozent der über 14-Jährigen in Deutschland sind ehrenamtlich aktiv. Das Engagement sei nicht rückläufig, sondern in den vergangenen 20 Jahren sogar leicht und kontinuierlich gestiegen, so Stephan Würz, Geschäftsführer der LandesEhrenamtsagentur Hessen. Doch der Trend geht weg von dauerhafter Verpflichtung und hin zum „Lebensabschnittsverein“. Und immer weniger Menschen sind bereit, ein ehrenamtliches Vorstandsamt zu übernehmen. Von dieser Krise seien 80 Prozent der Vereine betroffen, sagte Würz bei einem Fachtag des PARITÄTISCHEN Hessen in Frankfurt, Rund 100 Vertreter*innen von Mitgliedsorganisationen waren gekommen.

Im Fokus standen bei der Veranstaltung aus der Reihe PARITÄTISCHER Ratschlag haftungsrechtliche Aspekte der Vorstandsarbeit, denn diese erschweren es, neue ehrenamtliche Vorstandsmitglieder zu finden und führen manchmal sogar dazu, dass altgediente ihr Amt niederlegen. Philipp Hornung von der Kanzlei Winheller erläuterte, dass die Haftung bei ehrenamtlichen Vorständen wesentlich geringer ist als bei hauptamtlichen. Wer für seine Arbeit nicht mehr als 720 Euro im Jahr erhält, haftet für Schäden nur, wenn er sie vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht. „Ehrenamtliche Vorstände müssen und können nicht alles wissen, aber es besteht die Verpflichtung, fachkundigen Rat einzuholen“, sagte Hornung.

Ein großes Risiko für Vereinsvorstände sei der Entzug der Gemeinnützigkeit, so Hornung. Stefanie Berkel vom UNI-ON Versicherungsdienst bezeichnet ihn sogar als Super-Gau. Beim Fachtag referierte sie darüber, wie die Haftungsrisiken abgesichert werden können. Denn wenn etwas schiefgeht, sei oft nicht eindeutig, wo die Grenze zwischen fahrlässigen und grob fahrlässigen Verhalten verläuft und somit, ob



ehrenamtliche Vorstände haften müssen oder nicht.

Liegt jedoch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vor, haften auch ehrenamtliche Vorstände voll mit ihrem Privatvermögen. Im schlimmsten Fall könne dies zur Privatinsolvenz führen. Damit diese Vorstellung Engagierte nicht abschreckt, einen Posten in der Vereinsführung zu übernehmen, sollte die Botschaft laut Stefanie Berkel lauten: „Wir haben das Risiko erkannt und sichern es ab.“ Kleine Vereine mit bis zu 50 Mitarbeiter*innen können nach ihren Angaben eine entsprechende Versicherung schon ab 500 Euro im Jahr abschließen.

Doch die Haftungsproblematik ist nur eine Hürde bei der Gewinnung ehrenamtlicher Vorstandsmitglieder. Eine weitere sei, dass ausscheidende Vorstandsmitglieder oft sehr viel Verantwortung getragen haben, so Stephan Würz von der LandesEhrenamtsagentur: „Je mehr man sich auf die Schultern packt, desto größer werden die Fußstapfen und das Nachfolgeproblem“. Er empfiehlt: „Projektarbeit, Verantwortung in Häppchen teilen“ und rät dazu, für gleitende Übergänge zu sorgen, wenn Vorstandsposten neu besetzt werden. Kooperationen mit anderen Vereinen, Vernetzung und

Fortbildungsangebote seien ebenfalls hilfreich. Einen Königsweg zur Besetzung von Vorstandsposten gäbe es jedoch nicht, betonte Würz. Er riet Vereinen, Mut zur Veränderung zu haben und schloss mit John Steinbeck: „Wer nur von alten Zeiten träumt, wird keine neuen erleben.“

Mitgliederversammlung in Kassel

Das neue Lobbykonzept des PARITÄTISCHEN Hessen wird bei der diesjährigen Mitgliederversammlung vorgestellt, die am Donnerstag, 14. November 2019, um 10 Uhr in Kassel im Hotel Reiss beginnt.

Ziel des Lobbykonzepts ist es, die Interessen der Mitgliedsorganisationen und ihrer Klient*innen zukünftig noch besser zu vertreten, auf ein Bewusstsein für soziale Themen in der Öffentlichkeit zu drängen und auf sozialpolitische Entscheidungen einzuwirken. Im Anschluss geht es bei einer Podiumsdiskussion mit Vertreter*innen der Politik und unserer Mitgliedsorganisationen um Möglichkeiten und Wege der Fachkräftegewinnung.

Am Nachmittag stehen die Verbandsregularien des PARITÄTISCHEN Hessen auf dem Programm. Mitgliedsorganisationen können sich unter www.paritaet-hessen.org informieren und anmelden.

Schutzzone vor Schwangerenberatungsstelle

Erfolg für die Selbstbestimmung von Frauen: Auch in diesem Herbst wollten Abtreibungsgegner*innen in Frankfurt wieder Mahnwachen vor der Schwangerenberatungsstelle der Pro Familia abhalten. Doch die Belagerung unter dem Motto „40 Tage für das Leben“ konnte nicht wie geplant Ende September starten. Denn die Stadt Frankfurt hat die Aktion in Sicht- und Hörweite des Gebäudes der Pro Familia untersagt.

Mit den Auflagen für die Demonstration setzte die Kommune einen entsprechenden Erlass der Hessischen Landesregierung um, den der PARITÄTISCHE Hessen begrüßt: „Die Landesregierung zeigt Haltung gegen Fundamentalismus und für die Rechte von Frauen. In einer Zeit, in der die sexuelle und körperliche Selbstbestimmung weltweit angegriffen wird, ist diese Entscheidung von großer Bedeutung über Hessen hinaus“, so Landesgeschäftsführerin Dr. Yasmin Alinaghi.

Noch größeren Schutz für die Schwangerschaftsberatungsstellen und ihre Klientinnen würde allerdings eine gesetzliche Regelung bieten, die der PARITÄTISCHE Hessen daher nach wie fordert. „Aus unserer Sicht müssen Schutzzonen, die vertrauliche und anonyme Beratung sichern und die Belästigung von Ratsuchenden verhindern, unbedingt auf Bundesebene im Gesetz zu Schwangerschaftskonfliktberatung festgeschrieben werden“, sagt Monika Remé, Referentin Frauen und Mädchen.

Der PARITÄTISCHE Hessen vertritt die überwiegende Mehrheit der Beratungsstellen, die in Hessen Schwangerschaftskonfliktberatungen durchführen, auch Pro Familia gehört zu den Mitgliedsorganisationen. Er ist Teil des breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses „Frankfurt für Frauenrechte“, das sich Anfang 2018 gründete, um Widerstand gegen die Mahnwachen zu leisten und mehrere Aktions-



Der Protest für die Selbstbestimmung hatte Erfolg. Bunte Demo in Frankfurt im Frühjahr 2018 in Frankfurt, vom PARITÄTISCHEN Hessen mitorganisiert.

Foto: Barbara Helfrich

wochen gegen die Selbstbestimmungsgegner*innen organisierte. Im Frühjahr 2019 sah das Bündnis von weiteren Gegenkundgebungen ab, um den Fokus nicht noch mehr auf die betroffene Beratungsstelle von Pro Familia zu lenken. Das Bündnis und der PARITÄ-

TISCHE Hessen konzentrieren sich in den vergangenen Monaten auf intensive politische Lobbyarbeit, die mit zu dem Schutzzones-Erlass der Landesregierung beigetragen haben dürfte.

bhe

Abschiebungen nach Afghanistan stoppen

Die Friedensverhandlungen für Afghanistan sind gescheitert, vor den Präsidentschaftswahlen eskalierte die Gewalt dort erneut. Alle Abschiebungen in das Bürgerkriegsland sind aus Sicht des PARITÄTISCHEN Hessen unverantwortlich. Er fordert die schwarz-grüne Landesregierung auf, zumindest unbescholtenen afghanischen Männern sowie allen Frauen und Kindern, deren Asylanträge abgelehnt wurden, langfristige Duldungen zu erteilen. Dies haben die Regierungsparteien im vorigen Dezember in ihrem Koalitionsvertrag zugesagt, aber bisher noch nicht umgesetzt.

Der PARITÄTISCHE Hessen kritisiert, dass Hessen an der menschenrechtswidrigen Abschiebung von Straftätern nach Afghanistan zwar wie im Koalitionsvertrag ebenfalls angekündigt festhält, aber die gleichzeitig für alle anderen afghanischen Geflüchteten verspro-

chene größere Sicherheit nach wie vor schuldig bleibt.

„Die Landesregierung gesteht im Koalitionsvertrag ein, dass eine Rückkehr dieser Menschen auf absehbare Zeit nicht in Frage kommt. Dennoch werden ihre Duldungen in der Regel jeweils nur für drei Monate verlängert“, sagt Landesgeschäftsführerin Dr. Yasmin Alinaghi. Der PARITÄTISCHE Hessen fordert für diese Personengruppe Duldungen für 18 Monate, mindestens jedoch für ein Jahr. „Die monatlichen Sammelabschiebungen versetzen viele Afghaninnen und Afghanen in Angst und Schrecken, obwohl sie in Hessen nicht zum Kreis der potenziell von Abschiebung Bedrohten gehören. Sie brauchen endlich längerfristige Duldungen, um zur Ruhe zu kommen und auch berufliche Zukunftsperspektiven zu entwickeln.“

bhe